Mittwoch, 11. März 2026, 16:00 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Bomben für den Frieden

Im Iran zeigt sich nichts anderes als die elegante Kunst geopolitischer Doppelmoral.

von Alfred-Walter von Staufen
Foto: Anelo/Shutterstock.com

Die Gegenwart hat ein Talent, das selbst antike Sophisten neidisch machen würde: Sie kann Krieg

erklären, ohne das Wort „Krieg“ zu benutzen. Man nennt es dann „Schlag“, „Operation“, „Deeskalation durch Eskalation“ — und wenn es ganz edel klingen soll: „regelbasierte Ordnung“ mit Luftunterstützung (1). Seit Ende Februar 2026 erleben wir, wie schnell die moralische Grammatik der Außenpolitik umgestellt werden kann: Israel und die USA führen militärische Angriffe gegen Ziele im Iran, begleitet von einer politischen Erzählung aus Prävention, Abschreckung und „Sicherheit“ (2). Währenddessen treffen sich in Washington Bundeskanzler Friedrich Merz und US-Präsident Donald Trump — und plötzlich ist „Iran“ nicht mehr Randthema, sondern Hauptbühne (3).

Merz’ eigener Satz, den USA fehle eine Strategie für den Iran, ist bereits ein politischer Kurzroman: Wenn die Strategie fehlt, was genau wird dann gerade exekutiert — Intuition mit Marschflugkörpern (4)? Und da sitzt nun die Öffentlichkeit wie in einer Talkshow mit laufendem Feuerwerk: Bei Russlands Angriff auf die Ukraine war die Einordnung in Deutschland und Europa (zu Recht) klar: Bruch des Völkerrechts, Angriffskrieg, Sanktionen, moralische Verdammung (5). Doch beim Iran verschwimmt die Sprache: „Bedrohung“, „Vorbeugung“, „Notwehr“, „Existenzrecht“. Das ist nicht nur semantische Kosmetik — es ist politische Technologie.

Dieses Essay ist keine Liebeserklärung an Teheran. Es ist eine wütende, sarkastische und zugleich rechtlich saubere Frage an uns selbst: Was passiert mit einer Demokratie, wenn sie das Völkerrecht wie ein Gummiband behandelt — stramm bei Gegnern, elastisch bei Freunden (6)? Und bevor jemand ruft: „Das ist doch kompliziert!“ —

ja. Aber kompliziert ist kein Freibrief. Kompliziert heißt nur: Man muss genauer hinschauen. Und genau das schulden wir uns, wenn irgendwo Menschen sterben und wir gleichzeitig von Werten sprechen (7).

Das Völkerrecht: Die kurze, unbequeme Bedienungsanleitung

Fangen wir mit dem unsexy Teil an: Regeln. Die UN-Charta ist kein Gedichtband, sondern der Versuch, nach 1945 eine simple Lehre zu kodieren: Staaten sollen einander nicht mit Gewalt überziehen (8). Das Gewaltverbot ist die Norm; Ausnahmen sind eng: Selbstverteidigung bei bewaffnetem Angriff und Maßnahmen des Sicherheitsrats.(9)

Das klingt klar, bis Politik anfängt, aus „eng“ ein „kreativ“ zu machen. Dann wird aus Selbstverteidigung „präventive Selbstverteidigung“, aus Gefahr „Gefahrenlage“, aus „unmittelbar“ „irgendwann demnächst“ — und aus Rechtslage eine Debattenlage. In der Völkerrechtsliteratur ist genau diese Ausdehnung der Selbstverteidigung hoch umstritten; der Standard-Anker bleibt: Art. 51 setzt einen bewaffneten Angriff voraus und ist keine Blankovollmacht für prophylaktische Kriege (10).

Rechtlich sauber gesagt heißt das: Ob die aktuellen Angriffe auf den Iran völkerrechtskonform sind, hängt an sehr konkreten Fragen: Gab es einen bewaffneten Angriff, der Selbstverteidigung auslöst? Ist die Reaktion notwendig und verhältnismäßig? Gibt es ein Sicherheitsratsmandat (11)?

Nur: Diese Fragen werden im Alltag der öffentlichen Debatte selten beantwortet. Stattdessen wird moralisch „vorgefühlt“ — und das ist der Moment, in dem Demokratien gefährlich bequem werden.

„Wenn wir’s tun, ist es Ordnung“: Die Doppelmoral als Exportartikel

Es gibt zwei Arten von Empörung. Die eine ist der Reflex des Gewissens. Die andere ist das Geräusch, wenn ein geopolitischer Kompass sich selbst rechtfertigt.

2022 verurteilte die UN-Generalversammlung den russischen Angriff auf die Ukraine klar (12). In Europa war die Rhetorik eindeutig: Gewaltverbot gebrochen, Aggression, Ende der Nachkriegsordnung. Das war nicht nur politisch nachvollziehbar — es war rechtlich naheliegend.

Doch seit dem Beginn des israelisch-amerikanischen Kriegs gegen den Iran — so nennen es inzwischen auch deutsche Medien, teils mit genau diesem Wort „Krieg“ — wird sichtbar, wie schnell die normative Klarheit in diplomatische Watte gepackt wird (13, 14).

Und jetzt kommt der Punkt, an dem Satire eigentlich kapitulieren müsste, weil die Realität bereits die Pointe liefert: Wenn ein politischer Block das Völkerrecht als universal verkauft, es aber situativ interpretiert, entsteht eine Hierarchie der Opfer. Dann heißt es nicht mehr: „Gewalt ist verboten“, sondern: „Gewalt ist verboten — außer sie ist nützlich.“

Das ist kein „Anti-Westen“-Slogan. Das ist schlicht das Problem selektiver Normdurchsetzung. Und selektive Normen sind wie selektive Diäten: Sie funktionieren nur, solange niemand genau hinschaut.

Merz in Washington: „Strategie fehlt“ — und das ist der Satz, der alles verrät

Bundeskanzler Merz traf Trump am 3. März 2026 in Washington; nach dem Treffen kritisierte er, der US-Regierung fehle eine Strategie für den Iran.(15) Man könnte das als diplomatisch verpackte Sorge lesen. Man kann es aber auch als unfreiwillig ehrliche Diagnose verstehen: Es gibt Handlungen, aber kein erkennbares politisches Endziel.

Denn was ist „Strategie“ in einem Krieg? Es ist die Antwort auf zwei Fragen: Was soll am Ende anders sein — und wie verhindert man, dass das Ende aus Blut, Schutt und „unbeabsichtigten Nebenwirkungen“ besteht?

> ***Der Satz „Strategie fehlt“ wirkt wie ein Warnschild, das schon im Krater steckt. Gleichzeitig zeigt die Reuters-Meldung zum Merz-Trump-Gespräch, dass Merz Trump vor allem beim Ukraine-Thema drängte, den Druck auf Putin zu erhöhen.(16) Das belegt: Merz bewegt sich in einer doppelten außenpolitischen Grammatik — harte Kante bei Russland, aber vorsichtiges Taktieren im Iran-Komplex.***

Politisch ist das verständlich. Moralisch ist es ein Spagat. Und völkerrechtlich ist es ein Stresstest: Wer das Gewaltverbot als Pfeiler der Ordnung verteidigt, muss erklären, warum dieser Pfeiler bei Freunden plötzlich als Dekoration gilt.

„Präventiv“: Das Lieblingswort aller, die keine Beweise liefern wollen

„Präventivschlag“ ist das Wort, das nach Kühlschrank riecht: Man macht auf, sieht eine angebliche Gefahr, und bevor sie abläuft, wirft man eine Bombe hinein — damit der Haushalt hygienisch bleibt. Das ist natürlich polemisch. Aber die Logik ist nicht ganz erfunden: Prävention dient oft als rhetorische Abkürzung, wenn ein

unmittelbarer Angriff nicht belegbar oder nicht öffentlich darstellbar ist.

Die rechtliche Hürde ist hoch: Selbstverteidigung nach Art. 51 setzt einen bewaffneten Angriff voraus (17). Der Versuch, präventive Selbstverteidigung zu etablieren, ist einer der großen Streitpunkte moderner Völkerrechtsdebatten (18).

Das bedeutet nicht, dass Staaten keine Sicherheitsinteressen haben. Es bedeutet: Sicherheitsinteressen sind kein Freifahrtschein. Wenn „Prävention“ reicht, kann jeder alles rechtfertigen — und dann braucht man keine Charta, sondern nur PR.

Die Ökonomie des Krieges: Wenn das Blut fließt, steigt die Kurve

Jetzt wird es schmutzig — nicht moralisch, sondern buchhalterisch. Kriege sind nicht nur Katastrophen, sie sind auch Märkte. Das ist kein Geheimnis, sondern in Zahlen gegossen: Weltweite Militärausgaben erreichen Rekordhöhen. 2024 lagen sie laut SIPRI bei 2.718 Milliarden Dollar (19, 20). Und schon 2023 waren es 2.443 Milliarden (21).

Diese Zahlen beweisen nicht, dass „Banken Kriege anzetteln“. Sie beweisen etwas Banaleres — und damit Beunruhigenderes: Der Apparat ist dauerhaft auf Wachstum gestellt. Wer dauerhaft auf Wachstum stellt, entwickelt Gewohnheiten. Und Gewohnheiten werden irgendwann zu Interessen.

> ***Und in Europa kommt noch ein Nebeneffekt dazu: Jeder Krieg im Nahen Osten wirkt wie eine Hand am Energiehahn. Energiepreise reagieren, Lieferketten werden nervös, Haushalte zahlen die Zeche (22).***

Wer also sagt „Krieg ist teuer“, sagt die halbe Wahrheit. Die andere Hälfte lautet: Krieg ist teuer — aber nicht für alle.

„Humanitäre Gründe“: Der moralische Airbag, der oft nicht auslöst

Wenn Politik Bomben wirft, trägt sie gern das Kostüm der Humanität. Das Problem: Humanitäre Rhetorik ersetzt keine Rechtsgrundlage. Und sie ersetzt vor allem keine Folgenanalyse.

Die Geschichte der letzten Jahrzehnte zeigt, wie Interventionen, die als „Stabilisierung“ verkauft wurden, in Destabilisierung enden können. Das ist keine Gleichsetzung aller Fälle — es ist eine empirische Warnung: Nach dem ersten „Sieg“ beginnt oft erst der lange Absturz.

Aber: Wer daraus automatisch einen Masterplan „der Eliten“ macht, verlässt Analyse und betritt Mythologie. Und weil wir rechtlich sicher bleiben wollen, bleiben wir bei dem, was belegbar ist: Kriege erzeugen Machtvakuum, Machtvakuum erzeugt Gewaltkonkurrenz, Gewaltkonkurrenz erzeugt Flucht. Wenn also Menschen sagen: „Ich will nicht, dass mein Steuergeld in Kriege fließt“, ist das kein Radikalismus. Es ist demokratische Haushaltsmündigkeit!!!

Mediennarrative: Wie man Bomben kommentiert, ohne sie zu riechen

In Demokratien braucht Krieg Zustimmung oder zumindest Gewöhnung. Und Gewöhnung entsteht durch Sprache. Die Mechanik ist simpel:

- Der Gegner hat „Regime“, wir haben „Regierung“.
- Der Gegner „überfällt“, wir „reagieren“.
- Der Gegner „lässt sterben“, wir „verhindern Schlimmeres“.

Dass in der aktuellen Lage selbst deutsche Medien teilweise ausdrücklich von einem „Krieg gegen den Iran“ sprechen, ist deshalb bemerkenswert: Es entkleidet das Geschehen der kosmetischen Begriffe (23, 24).

Und doch bleibt die Bewertung häufig asymmetrisch: Bei Russland genügte das Wort „Angriff“, beim Iran wird erst in Fußnoten geklärt, was „präventiv“ bedeuten soll.

Die große Inkonsistenz: Warum Sanktionen dort, Applaus hier?

Die Frage, die sich viele Bürgerinnen und Bürger stellen, ist banal — und gerade deshalb gefährlich für die Politik: Wenn Angriffskrieg falsch ist, warum ist er nicht immer falsch?

Rechtlich ist die Antwort: Es kommt auf Mandat, Selbstverteidigung, Verhältnismäßigkeit an (25). Politisch ist die Antwort: Es kommt auf Allianzen an. Und moralisch ist die Antwort: Es kommt darauf an, ob wir uns selbst als Richter oder als Partei begreifen.

„Aber der Iran ist gefährlich!“ — Ja. Und jetzt?

Hier müssen wir ehrlich sein: Der Iran ist ein Akteur mit problematischen regionalen Ambitionen, und das iranische Regime ist innenpolitisch repressiv. Das ist weder neu noch eine westliche

Erfindung. Aber: Die moralische Bewertung eines Regimes ist nicht automatisch die rechtliche Legitimation, es anzugreifen (26).

Sonst könnten wir die Welt nach Sympathie bombardieren — und das wäre nicht Ordnung, sondern Kreuzzug.

Wer zahlt, wer stirbt und wer gewinnt?

Am Ende läuft alles auf drei Bilanzen hinaus:

Die Bilanz der Toten und Verletzten — die sieht man selten in der Pressekonferenz.

Die Bilanz der Staatsfinanzen — die sieht man später, wenn gespart wird.

Die Bilanz der Gewinner — die sieht man sofort, aber sie heißt dann „Marktreaktion".

Wenn das US-Militär „fast 2.000 Ziele im Iran" angegriffen haben will, ist das eine Zahl, die nach Effizienz klingt — aber in Wahrheit nach Eskalation.(27) Und selbst wenn solche Angaben nicht unabhängig verifiziert sind, zeigen sie den politischen Anspruch: nicht „begrenzen", sondern „dominieren" (Quelle: Welt.de — Hinweis auf fehlende unabhängige Überprüfbarkeit).

Der Sicherheitsrat: Wenn Recht am Veto erstickt

Wenn wir bei Russland sagen: „Angriff ist illegal", und bei Iran sagen: „Kommt drauf an", dann ist das vielleicht diplomatisch clever. Aber

es ist normativ gefährlich.

> ***Denn das Völkerrecht ist kein Werkzeugkasten, aus dem man sich je nach Wetterlage eine Rechtfertigung schraubt. Es ist entweder ein Rahmen für alle — oder ein Bühnenbild für Sonntagsreden.***

Die UN-Charta sieht für kollektive Sicherheit den Sicherheitsrat vor (28). In der Theorie ist das die Instanz, die Gewalt legitimieren oder stoppen kann. In der Praxis ist es oft die Instanz, die in Großmachtkonflikten handlungsunfähig wird — weil ständige Mitglieder mit Vetorecht genau dann blockieren, wenn es ernst wird.

Das Ergebnis ist paradox: Gerade wenn die Welt ein verbindliches Urteil bräuchte, bekommt sie eine Pressemitteilung. Und weil das so ist, greifen Staaten zur „Koalition der Willigen" — also zu dem, was auf Deutsch heißt: „Wir machen es trotzdem."

Diese Dynamik zeigt, wie sehr die Normalisierung des Ausnahmezustands die Politik verändert hat. Eine der gefährlichsten politischen Innovationen der letzten Jahrzehnte ist die Normalisierung des Ausnahmezustands. Sobald „Gefahr" nicht mehr konkret sein muss, sondern potenziell reicht, werden Kriege nicht mehr Ausnahme, sondern Option.

Das wirft für Deutschland ein praktisches Problem auf: Wie soll man zwischen Bündnistreue und Prinzipientreue handeln? Der Besuch von Merz bei Trump am 3. März 2026 macht dieses Dilemma deutlich: Einerseits der Anspruch, Europa dürfe bei Ukraine-Verhandlungen nicht übergangen werden — andererseits die Beobachtung, dass den USA eine Strategie für den Iran fehlt (29, 30).

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Rhetorik der „sauberen" Kriege immer öfter zur Legitimationshilfe wird. „Sauber" ist eines dieser

Wörter, die in Kriegszeiten plötzlich Karriere machen — meist in der Form „präzise“. Präzise Bomben, präzise Ziele, präzise Operationen.

Nur: Präzision ist kein Synonym für Unschuld.

Von „Regimewechsel“ zu „Regime-Rhetorik“

Die Idee, ein Regime durch äußere Gewalt zu „ersetzen“, ist politisch populär, wenn man weit weg sitzt. Sie klingt nach Aufräumen. Nach Ende eines Problems. In der Realität beginnt mit „Regimewechsel“ häufig die Phase, in der Probleme erst industriell produziert werden: Machtvakuum, Milizen, Parallelökonomien, Fragmentierung.

Es ist verführerisch, Konflikte als Kulturkrieg zu deuten: hier „der Westen“, dort „der Islam“, hier „Freiheit“, dort „Fanatismus“. Diese Schemata liefern einfache Geschichten, die sich gut verkaufen.

Aber sie sind analytisch grob und politisch brandgefährlich.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass Demokratien besonders gefordert sind: Sie müssen komplexe, oft verzerrte Informationen kritisch verarbeiten und sich gleichzeitig ihrer eigenen Geschichte bewusst sein.

Denn genau darauf kommt es an: Demokratien leben davon, dass sie sich erinnern — auch an eigene Fehler. Gerade deshalb ist es fatal, wenn sie ihre Erinnerung selektiv betreiben: die Verfehlungen der anderen werden archiviert, die eigenen als „Sonderfall“ etikettiert.

Was eine „rechtlich sichere“ Kritik leisten muss

Rechtlich sicher heißt: Ich kann einen Krieg kritisieren, ohne Tatsachen zu erfinden. Ich kann Doppelmoral benennen, ohne mir eine Weltverschwörung zu bauen. Ich kann wirtschaftliche Interessen diskutieren, ohne Personen oder Gruppen pauschal zu diffamieren.

Und genau deshalb ist die sauberste — und schärfste — Kritik oft die, die auf die eigenen Maßstäbe pocht (31, 32).

Fazit

Es geht nicht darum, ob man „Israel liebt“ oder „Amerika hasst“. Diese Lagerkitsch-Gefühle sind politischer Kindergarten.

Es geht darum, ob wir bereit sind, die gleichen Fragen zu stellen — unabhängig davon, wer gerade die Jets startet.

Denn vielleicht ist das Bitterste an der ganzen Sache nicht einmal die Eskalation selbst, sondern ihre Routine. Man merkt das daran, wie schnell sich das öffentliche Gespräch anpasst: Erst Schock, dann Erklärgrafik, dann Expertenrunde, dann Alltag. All diese scheinbar „klugen“ Analysen und Empfehlungen ersetzen jedoch nicht die rechtliche Grundlage des Handelns — klug zu wirken ist kein Ersatz für rechtmäßiges Handeln (33).

Und ja: Man darf über diese Diskrepanz wütend sein. Wut ist nicht das Gegenteil von Vernunft, sondern oft ihr Frühwarnsystem. Wenn die Maßstäbe kippen, wenn die Sprache kippt, wenn das Recht kippt, ist Wut manchmal die letzte Form von Aufmerksamkeit.

Abschluss & Moral

Die bequemste Lüge in der Außenpolitik lautet: „Wir haben keine Wahl.“ Sie ist bequem, weil sie Verantwortung wegwischt wie Staub vom Rednerpult.

Natürlich gibt es Bedrohungen. Natürlich gibt es Feindschaften. Natürlich gibt es Diktaturen, Repression, Zynismus. Aber gerade deshalb gibt es Regeln, die verhindern sollen, dass jede Angst sofort in Gewalt umschlägt (34).

> ***Wenn wir das Gewaltverbot nur dann hochhalten, wenn es uns passt, degradieren wir es zur PR-Folklore. Dann ist „regelbasierte Ordnung“ nicht mehr Ordnung, sondern ein Etikett, das man auf Raketen klebt.***

Und dann darf sich niemand wundern, wenn andere Staaten irgendwann sagen: „Aha, so geht das also.“

Die Moral dieses Textes ist deshalb unerquicklich, aber simpel:

Eine Demokratie darf Kriege nicht nur nach Freund-Feind-Schema bewerten, sondern nach Kriterien. Und diese Kriterien müssen öffentlich erklärt werden (35).

Und ja: Es ist möglich, gleichzeitig Israels Sicherheitsinteressen anzuerkennen und dennoch zu fragen, ob ein Krieg gegen den Iran rechtlich gedeckt und politisch klug ist (36). Es ist möglich, die Aggression Russlands zu verurteilen und trotzdem Maßstäbe einzufordern, wenn Verbündete Gewalt anwenden (37). Genau diese Gleichzeitigkeit ist keine Schwäche — sie ist demokratische Reife.

Wenn wir uns diese Reife abtrainieren lassen, bleibt am Ende nur noch Lagerdenken. Und Lagerdenken ist der erste Schritt zur

geistigen Mobilmachung.

Alfred-Walter von Staufen ist das Pseudonym eines freien Autors, Essayisten und sprachkritischen Beobachters politischer und akademischer Machtverhältnisse. Mit spitzer Feder, schwarzem Humor und dem analytischen Blick eines ehemaligen Universitätsdozenten zerlegt er jene Begriffe, die heute mehr verschleiern als erklären: Demokratieförderung, Wissenschaftsfeindlichkeit, Populismus, Desinformation.